

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 16. Juni 2014

Verfasserin: Judith Bellaiche

Trauerspiel bei der Planung des Polizei- und Justizzentrums

Im Fokus der heutigen Ratssitzung war das Debakel rund um die Planung des PJZ. Nicht zu Unrecht musste sich der Regierungsrat Überforderung und Inkompetenz vorwerfen lassen, nachdem er zugestanden hatte, dass trotz einem nagelneuen Polizei- und Justizzentrum beim Güterbahnhof nun doch das Kasernenareal für die Stadtpolizei weiterbeansprucht werden soll.

Pointiert hat Cyrill von Planta in unserer Fraktionserklärung herausgestrichen, dass die Zürcher Stadtbevölkerung bei der Abstimmung damit geködert worden war, dass das Kasernenareal freigespielt würde, und sie nun zusammen mit der neuen FDP und SP über den Tisch gezogen worden sind. Wir Grünliberalen haben umgehend gehandelt und mit einem Postulat die Regierung aufgefordert, bedingungslos ihr Versprechen einzulösen und bei der Planung des PJZs zwingend das Kasernenareal zu räumen.

Unterdeckung der Entsorgungs- und Stilllegungsfonds (Christoph Ziegler / Barbara Schaffner)

Gleich zwei Vorstösse zur dramatischen Finanzlage der Entsorgungs- und Stilllegungsfonds der AKWs, (die wir Grünliberale lanciert resp. mitunterzeichnet haben), beschäftigten heute den Rat. Gefordert wurde die vollständige Deckung von Entsorgungs- und Stilllegungskosten, wo der Kanton Zürich an AKWs beteiligt ist. Die betreffende Verordnung sieht zwar lineare Beitragszahlungen in diese Fonds vor, doch die reelle Lage weist eine Unterdeckung von geschätzten CHF 4 Mia für alle von der AXPO mitbetriebenen AKWs auf. Eine Summe, die im Ernstfall der Steuerzahler berappen müsste. Obwohl der Bund eine Finanzierungslücke erkannt und bestätigt hat, dass die Berechnungsgrundlage für diese Fonds nicht ausreichend ist, fühlt sich die AXPO wie auch der Regierungsrat nicht betroffen. Unsere Forderungen in dieser Angelegenheit wurden auch im Kantonsrat nicht erhört, und das Postulat wurde leider abgelehnt.

Schutzverordnung Silbern/Lerzen/Stierenmatt (René Gutknecht)

Ein Postulat fordert, dass das Bundesgesetz endlich umgesetzt und eine Schutzverfügung für das wertvolle Naturgebiet in dieser Region erlassen wird. Mit der aktuellen Siedlungsentwicklung könnte das betroffene Flachmoor beschädigt, wenn nicht sogar zerstört werden. Seit 1994 wartet das Flachmoor auf eine angemessene Schutzzone, und seit 20 Jahre verzögert der Regierungsrat diese wichtige Aufgabe. Ausser der EDU erkannten alle Fraktionen den Schlendrian der Baudirektion und überwiesen mit deutlichen Voten das Postulat.

Zeitgemässer Pilzschutz (Andreas Hasler)

Das Postulat verlangt, die Pilzschontage aufzuheben und durch Biotopschutzmassnahmen zu ersetzen. Ein durchaus sinnvolles Anliegen, denn die Pilzschontage sind keine besonders effektive Massnahme zum Schutz von gefährdeten Pilzen. Uns Grünliberalen ist der Mehraufwand für die Ausscheidung der Pilzschutzgebiete wert, und zusammen mit der Ratsmehrheit haben wir dieses Postulat dem Regierungsrat – entgegen seinem Willen – überwiesen.